

Ausschuß für Innere Verwaltung
50. Sitzung

01.06.1989
sr-ma

Abg. Frechen (SPD) meint, es gehe nicht an, den Innenausschuß zu einem politischen Gremium zu machen, das als "Oberzensor" Geschehnisse in anderen Bundesländern bewerte, die hinsichtlich ihres exemplarischen Charakters heute noch gar nicht übersehen werden könnten. Deshalb interessiere ihn schon die Auffassung des Vorsitzenden dazu.

Nach den Worten des Vorsitzenden handelt es sich bei den Berliner Geschehnissen um einen noch nicht abgeschlossenen Vorfall, den das Berliner Parlament noch untersuche. Deshalb würde er dies zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht zum Gegenstand von Erörterungen machen. Allerdings liege es auch im Ermessen des Ministeriums, inwieweit es die Frage beantworten wolle.

Zu 1: Aktuelle Viertelstunde

- a) Frage der CDU-Fraktion, betreffend Auswirkungen der Ausschreitungen in Berlin auf die Polizeistrategie in Nordrhein-Westfalen
-

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) legt dar, zum Sachverhalt könne er nur wenig ausführen, weil dieser in Berlin selbst noch umstritten sei. Nicht zuletzt dieser Umstand führe zu der Forderung nach der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses.

Bayern habe inzwischen eine Behandlung in der IMK gefordert. Die nächste Konferenz dieses Gremiums finde im Herbst statt. Bis dahin werde sich wie bei allen Anlässen dieser Art der Arbeitskreis 2 der IMK mit den Vorfällen und den polizeilichen Reaktionen darauf befassen.

In der Fragestellung komme aber auch ein wenig die Frage nach der Meinung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zu der Berliner Strategie zum Ausdruck. Dazu wolle er, Riotte, anmerken, daß es nach Kenntnis des Innenministeriums in Berlin bis heute keine Veränderung der Strategie gegeben habe. Vielmehr sei eine Entscheidung getroffen worden, über eine Veränderung der Strategie nachzudenken. In einer jüngst stattgefundenen Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus habe der Regierende Bürgermeister darauf hingewiesen, daß die Strategie, die den Polizeieinsätzen zugrunde gelegen habe, die gleiche gewesen sei wie die, die es bei den Krawallen in den Jahren 1987 und 1988 gegeben habe, und daß man mit dieser Strategie der Berliner Polizei nicht weiterkomme.